

Antrag

der Abg. Daniel Karrais u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Open Source und Open Data als Instrumente bei der Bekämpfung von Pandemien

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie Biosurveillance-Softwarelösungen, die auf Open Source und Open Data basieren, im Hinblick auf die schnelle und verlässliche Analyse bei Pandemien und anderen Katastrophenfällen, wie beispielsweise Tierseuchen, bewertet;
2. ob ihr das biologische Überwachungssystem „DE4Bios“ bekannt ist, welches für die italienische Region Veneto angewandt wurde, welche besonders stark von Covid-19 betroffen ist und mit dessen Hilfe öffentliche Verwaltungen und Gesundheitseinrichtungen Priorisierungen vornehmen, epidemiologische Modelle und Echtzeit-Geolokalisierung sowie prädiktiver Karten der Ansteckung definieren und anwenden konnten, und wie sie dieses mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet;
3. welche weiteren Biosurveillance-Systeme ihr bekannt sind und deren Anwendung für Baden-Württemberg denkbar wären;
4. wie sie die Forschung und Entwicklung von Biosurveillance-Softwarelösungen unterstützt und fördert;
5. inwieweit die Open Data- und Open Source-Strategie des Landes an die bwCloud angegliedert ist oder angegliedert werden könnte;
6. welche weiteren Fortschritte es bei dem Thema Open Data vor allem im Gesundheitsbereich seit der Beantwortung der Drucksache 16/5954 gegeben hat;

7. inwieweit und inwiefern die Corona-Pandemie (inhaltliche) Auswirkungen auf die Open Data-Strategie des Landes hat.

24. 06. 2020

Karrais, Dr. Rülke, Dr. Timm Kern, Haußmann, Fischer,
Dr. Goll, Hoher, Reich-Gutjahr, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Bei Pandemien müssen Verwaltungen und Krisenstäbe schnell entscheiden und handeln. Digitale Lösungen auf der Grundlage von Open Source können Daten unterschiedlichster Quellen nahezu in Echtzeit zusammenfassen und ermöglichen so rasche und treffsichere Analysen. (Kommunale) Daten werden derzeit häufig nicht in Formaten veröffentlicht, die mittels IT automatisiert verarbeitet werden können. Biosurveillance-Softwarelösungen können im Kampf gegen die Ausbreitung von Virus-Pandemien unterstützen und dabei helfen, vorbeugende Maßnahmen zur Steuerung des medizinischen Notfallsystems zu ergreifen, weitere Infektionen zu vermeiden, die Zahl der Todesopfer einzudämmen und Leben zu retten. Mit Hilfe der Open-Source Technologie können die Lösungen leicht repliziert werden und von verschiedenen Gemeinden, Regionen oder Nationen problemlos übernommen und genutzt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 16. Juli 2020 Nr. IM5-0144.5-49/3/1 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. wie sie Biosurveillance-Softwarelösungen, die auf Open Source und Open Data basieren, im Hinblick auf die schnelle und verlässliche Analyse bei Pandemien und anderen Katastrophenfällen, wie beispielsweise Tierseuchen, bewertet;

Zu 1.:

Für die Überwachung (Surveillance) von Krankheitserregern des Menschen gibt das Infektionsschutzgesetz (IfSG) den rechtlichen Rahmen vor. Es regelt die Art und Verwendung von Daten, die auf lokaler Ebene (Gesundheitsamt) erhoben werden und welche an die zuständige Landesbehörde (Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg) und weiter an das Robert Koch-Institut (RKI) übermittelt werden dürfen.

Das IfSG lässt es nicht zu, Open-Data-Softwarelösungen für eine Biosurveillance zu nutzen. Dagegen stellen Open Source Solutions eine Möglichkeit dar, Arbeitsprozesse zu optimieren und zu digitalisieren und so eine schnelle und verlässliche Analyse von Infektionsgeschehen zu unterstützen. Beispielsweise wird derzeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Baden-Württemberg ein Kontaktpersonen-Management-System (SORMAS) eingeführt.

2. *ob ihr das biologische Überwachungssystem „DE4Bios“ bekannt ist, welches für die italienische Region Veneto angewandt wurde, welche besonders stark von Covid-19 betroffen ist und mit dessen Hilfe öffentliche Verwaltungen und Gesundheitseinrichtungen Priorisierungen vornehmen, epidemiologische Modelle und Echtzeit-Geolokalisierung sowie prädiktiver Karten der Ansteckung definieren und anwenden konnten, und wie sie dieses mit Blick auf Baden-Württemberg bewertet;*

Zu 2.:

Dieses System ist der Landesregierung nicht bekannt.

3. *welche weiteren Biosurveillance-Systeme ihr bekannt sind und deren Anwendung für Baden-Württemberg denkbar wären;*

Zu 3.:

In Baden-Württemberg werden am Landesgesundheitsamt zahlreiche Instrumente zur Surveillance von Krankheitserregern und Infektionskrankheiten verwendet (z. B. um die täglichen Lageberichte zu erstellen). Die Lenkungsgruppe „SARS-CoV-2 (Coronavirus)“ hat das Ministerium für Soziales und Integration beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um ein Surveillance-Tool der Boston Consulting Group (CAST) zu erproben.

4. *wie sie die Forschung und Entwicklung von Biosurveillance-Softwarelösungen unterstützt und fördert;*

Zu 4.:

Es wird derzeit geprüft, inwieweit die Hochschule Heilbronn gemeinsam mit dem Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI) eine Weiterentwicklung und Optimierung von SORMAS bezüglich der Bedürfnisse der Gesundheitsämter betreiben kann.

5. *inwieweit die Open Data- und Open Source-Strategie des Landes an die bwCloud angegliedert ist oder angegliedert werden könnte;*

Zu 5.:

Bei der bwCloud handelt es sich um einen Landesdienst, der Lehr- und Forschungseinrichtungen virtuelle Server in Form von Self-Services bereitstellt. Hierbei werden Softwarekomponenten zur Infrastrukturvirtualisierung auf Basis der Open-Source-Lösung „OpenStack“ eingesetzt.

Mit der bwCloud können virtuelle Server oder virtuelle Maschinen (VMs) erzeugt, gestartet und betrieben werden. Diese virtuellen Maschinen unterscheiden sich im Betrieb und der Administration nicht von physischen Maschinen. Mit Hilfe der bwCloud können einzelne oder ein ganzer Schwarm an virtuellen Maschinen gestartet werden.

Vor diesem Hintergrund hat die bwCloud keine gesonderte Bedeutung für die Open Data- und Open Source-Strategie des Landes. Die Landesregierung sieht gegenwärtig keinen zusätzlichen Nutzen einer Angliederung der bwCloud an die Open-Data- und Open-Source-Strategie des Landes.

6. welche weiteren Fortschritte es bei dem Thema Open Data vor allem im Gesundheitsbereich seit der Beantwortung der Drucksache 16/5954 gegeben hat;

Zu 6.:

Der uneingeschränkte Zugang zu relevanten medizinischen Daten kann Triebfeder für die Forschung und die Entwicklung innovativer E-Health-Anwendungen sein, unter anderem auch im Bereich der Personalisierten Medizin und künstlichen Intelligenz. Gleichzeitig sind Daten des Gesundheitswesens besonders sensibel und müssen daher besonders geschützt werden. Um eine mögliche Form der Bereitstellung von medizinischen Daten modellhaft zu testen, fördert das Ministerium für Soziales und Integration im Rahmen der Strategie Digitalisierung in Medizin und Pflege die Projekte bwHealth-Cloud 1 und 2 der Universität Tübingen und bwHealthApp 1 und 2 der Hochschule Reutlingen mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Euro.

Das Ziel der bwHealth-Cloud ist es, sowohl für eine stetige Verbesserung der Regelversorgung als auch für die Möglichkeit der zeitnahen Translation neuester Entwicklungen eine gemeinsame Datenspeicherung aufzubauen. Nur so kann es gelingen, standortübergreifend Fälle und Outcome-Daten auch im Zeitverlauf auszuwerten. Im zweiten Schritt soll eine Einbindung weiterer Standorte, eine innovative Teilhabemöglichkeit für Patienten sowie eine Evaluation der Infrastruktur im Hinblick auf weitere Indikationsgebiete sowie auf gegebenenfalls weitere Daten anderer Kliniken auf technischer und inhaltlicher Ebene erfolgen.

Der Aufbau einer bwHealthApp soll der Gefahr der Privatisierung von Gesundheitsdaten, die aus wearables ausgelesen werden, entgegenwirken. Dies ist für die Entwicklung z. B. von Vorsorgekonzepten wünschenswert. Da dieses Feld derzeit nahezu ausschließlich durch kommerzielle Anbieter abgedeckt wird, stehen die auf diese Weise gewonnenen Daten der Allgemeinheit nicht zur Verfügung. Besonders innovativ an diesem Projekt ist die patientengesteuerte Datenfreigabe. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen ein Beitrag zur Entwicklung und Bereitstellung integrierter digitaler Lösungen für medizinische Leistungserbringer und zur Weiterentwicklung von Nachsorge und Vorsorge sein.

Die genannten Projekte laufen Ende des Jahres 2021 aus und sollen anschließend evaluiert werden.

7. inwieweit und inwiefern die Corona-Pandemie (inhaltliche) Auswirkungen auf die Open Data-Strategie des Landes hat.

Zu 7.:

Die Nutzenpotenziale von offenen Daten sind vielfältig, unter anderem auch für den Bereich Smart Governance oder weitere Maßnahmen der Krisenprävention durch retrospektive und antizipative Methoden der Datenanalyse. Die in der Anfrage erwähnten Initiativen und Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang illustrative Beispiele, die auf das Potenzial offener Daten verweisen. Dieses Potenzial ist der Landesregierung bekannt. Insofern ergeben sich infolge der Corona-Pandemie keine besonderen Auswirkungen auf die Open-Data-Strategie des Landes.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration